



## Prognose der Institute Stabile Konjunktorentwicklung trotz Risiken

Mit der Gemeinschaftsdiagnose (GD) der Forschungsinstitute und der Prognose des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wurden zwei neue Konjunktüreinschätzungen veröffentlicht. Sie bewegen sich im Rahmen der bisherigen Erwartungen: danach wird die Wirtschaftsleistung in Deutschland in diesem Jahr um 2,7 bzw. 2,8 Prozent zulegen. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstum allerdings etwas abschwächen. Die konjunkturellen Risiken haben in letzter Zeit zugenommen, sie werden den Aufschwung allerdings nicht abwürgen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich der Aufschwung auch in den Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer niederschlägt.

### Schwellenländer bleiben Wachstumstreiber

Vor allem in **Europa**, dem wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Produkte, sehen die Konjunkturaussichten eher verhalten aus. **Die radikalen Kürzungen der öffentlichen Haushalte machen 2011 1,6 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus.** Die Krise des Euroraumes – gerade musste auch Portugal die Hilfe des Rettungsschirmes beantragen – belastet die Entwicklung zusätzlich. Unter diesen Bedingungen ist eine dynamischere Entwicklung kaum möglich. 2010 lag das Wachstum der Wirtschaftsleistung im Euro-Raum bei 1,8 Prozent, für dieses Jahr liegen die Prognosen bei 1,5 (IMK) und 1,7 Prozent (GD).

In den **USA** hat sich dagegen die Lage stabilisiert. Wurde dort im Sommer letzten Jahres noch über das Risiko eines „double dip“, eines Rückfalls in die Rezession diskutiert, hat das Wachstum zum Jahresende wieder zugelegt. Insgesamt stieg das reale BIP 2010 um 2,8 Prozent. Die Prognosen erwarten für dieses Jahr sogar eine Zunahme um etwa drei Prozent. In **Japan** wachsen dagegen nach einer kräftigen Zunahme der Wirtschaftsleistung um 4,3 Prozent die **Konjunktursorgen**. Japan ist wieder in die Deflation zurückgefallen, die Wirtschaftsleistung schrumpfte im letzten Quartal 2010. Die Folgen der Natur- und Atomkatastrophe werden zumindest im ersten Halbjahr die Entwicklung massiv belasten. Für das gesamte Jahr wird ein Wachstum von 1,0 bis 1,4 Prozent erwartet.

Viele **Schwellenländer** bleiben auch mittelfristig ein stabiler Absatzmarkt. China hat die Krise längst überwunden. 2010 wuchs die chinesische Ökonomie um 10,3 Prozent, für 2011 wird ein Wachstum von 9,3 bis 9,7 Prozent prognostiziert. Wenn auch in den sich entwickelnden Schwellenländern konjunkturelle Rückschläge nicht völlig auszuschließen sind, so wird der Prozess der Industrialisierung dennoch weitergehen.

Die weltwirtschaftlichen Risiken haben in letzter Zeit allerdings zugenommen. Die Fernwirkungen der Ka-

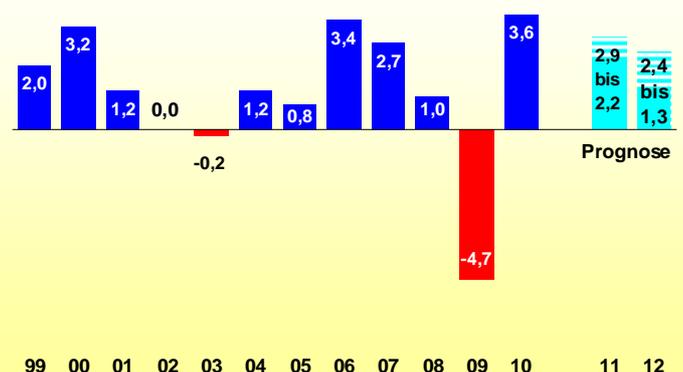
tastrophe in Japan auf die weltweite Produktion, rasant steigende Energie- und Rohstoffpreise und eine zunehmend restriktiver wirkende Geld- und Finanzpolitik belasten die guten Wachstumsbedingungen.

### Der Aufschwung in Deutschland wird breiter

Die **Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für dieses Jahr eine fast ungebrochene Fortsetzung des Aufschwungs.** Die reale Wirtschaftsleistung soll um fast drei Prozent zulegen. 2012 wird sich das Wachstum abschwächen, die Wirtschaftsleistung soll noch um 2,0 Prozent (GD) bzw. 1,7 Prozent (IMK) zulegen. Ein Wachstum von deutlich mehr als drei Prozent stellt für Deutschland historisch eine außergewöhnliche Expansion dar. In den vergangenen zehn Jahren gab es dies nur in den Jahren 2000 und 2006. Eine Abschwächung des Wachstums auf zwei bis drei Prozent wäre **immer noch ein sehr kräftiges Wachstum** und eine Normalisierung. Das liegt auch am statistischen Basiseffekt: Der starke Anstieg in 2010 bezieht sich auf das niedrige Niveau des Krisenjahres 2009.

### Mit kräftigem Wachstum aus der Krise

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognosen Institute Jan.- Apr. Grafik: IG Metall



Die Probleme der starken Exportlastigkeit und der konjunkturellen Risiken sehen auch die Institute. Allerdings **soll der Aufschwung an Breite gewinnen und 2011 stärker aus der Binnennachfrage gespeist werden**. Wichtigster Wachstumsträger bleibt allerdings der Außenhandelsüberschuss, der weiter steigen soll. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im gleichen Umfang steigen wie im letzten Jahr. Der private Konsum soll einen mehr als dreimal so großen Beitrag zum Wachstum (GD 0,7 und IMK 0,6 Prozentpunkte) leisten als 2010.

Damit würden sich die weltwirtschaftlichen Risiken erheblich verringern und der Aufschwung weiter stabilisieren. Das Ergebnis wäre eine selbsttragende wirtschaftliche Dynamik. **Nach Einschätzung der IG Metall ist eine solche Entwicklung möglich und notwendig, sie ist allerdings nicht voraussetzungslos.**

Der private Konsum wird vor allem aus den Masseneinkommen (Nettolöhne und Sozialleistungen) gespeist. Die GD erwartet einen Anstieg der Masseneinkommen um 2,0 Prozent. Bei der angenommenen Preissteigerung von 2,4 Prozent würden sie real schrumpfen. Zwar nimmt das verfügbare Einkommen durch die **stärker steigenden Löhne, vor allem aber die um 4,2 Prozent steigenden Einkommen aus Gewinnen und Vermögen** kräftiger zu, doch aus diesen Einkommen wird viel in die Ersparnis fließen. Ein erwarteter Anstieg der **privaten Konsumausgaben** um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist so kaum zu erreichen. **Das ist nur mit einem deutlichen Anstieg der Löhne und Gehälter zu erreichen.**

Sicher ist, dass mit dem Wandel der Politik, von positiven konjunkturellen Impulsen der öffentlichen Ausgaben zu Kürzungen, um die Auflagen der Schuldenbremse zu erfüllen, die Öffentliche Hand als Träger des Wachstums weitgehend ausfällt. Die Investitionen werden steigen, sie können allein aber nicht genügend Nachfrage entfalten. Die Exporte werden selbst bei einer sich weiter erholenden Weltkonjunktur nicht mehr solche Wachstumskräfte entfalten wie noch im Jahr

2010. Der private Konsum wird 2011 ein entscheidender Wachstumsträger sein müssen.

### **Falsche politische Rahmensetzung**

Bei ihren politischen Forderungen bleibt sich die GD ihrer neoliberalen Haltung treu. **Die harten Kürzungsprogramme zur Haushaltskonsolidierung** sowohl auf der europäischen Ebene als auch in Deutschland werden ausdrücklich **begrüßt und sogar als noch unzureichend kritisiert**. Die Forderung nach Steuersenkungen ist realistischerweise aus dem Forderungskanon der GD gestrichen. Doch wird ausschließlich auf Ausgabenkürzungen gesetzt, Steuererhöhungen etwa für große Vermögen bleiben tabu. Lediglich der alte Ladenhüter der Besteuerung von Nacht- und Feiertagszuschlägen wird wieder hervorgekramt.

**Eine solche Politik schafft nach Einschätzung der IG Metall keinen Rahmen für ein stabiles Wachstum.** Auf europäischer Ebene werden damit die Probleme der Ungleichgewichte nicht gelöst. Für Deutschland bedeutet es Sozialabbau und damit auch eine weitere Senkung der Masseneinkommen. Die Konsumnachfrage wird geschwächt. Dringend nötige öffentliche Investitionen können nicht finanziert werden.

Das sieht auch das IMK so: „Überdies macht die restriktive Haushaltspolitik gerade solche Maßnahmen unmöglich, welche die Wachstumsbedingungen in der EU verbessern würden. Dazu gehören insbesondere ‚Zukunftsinvestitionen,‘ in Forschung, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Umwelt.“

### **Geldpolitik muss expansiv bleiben**

Zu den konjunkturellen Rahmenbedingungen gehört auch die Geldpolitik. Am 07. April hat die Europäische Zentralbank (EZB) zum ersten Mal seit Beginn der Krise die Leitzinsen erhöht (um 0,25 Prozentpunkte auf 1,25%) und damit eine Trendwende in der Geldpolitik eingeleitet. Begründet wird dieser Schritt mit dem sich wieder beschleunigenden Preisauftrieb.

Zwar steigen die Preise im Euroraum wieder kräftiger, doch dies geht ausschließlich auf importierte Energie, Rohstoffe und Lebensmittel zurück. Diese Preissteigerungen können mit der Zinserhöhung nicht bekämpft werden. Die, von der Binnenentwicklung getriebene Kerninflationsrate lag zuletzt bei gerade einmal 1,1 Prozent

Dafür ist dieser Schritt für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Europa sehr gefährlich. Zwar verkraftet die deutsche Ökonomie derzeit eine moderate Zinserhöhung ohne Probleme, doch die wirtschaftliche Erholung im gesamten Euroraum ist noch nicht sehr weit fortgeschritten. Vor allem aber die europäische Schuldenkrise wird damit unnötigerweise verschärft. **Weitere Zinserhöhungen könnten die Lage im Euroraum gefährlich destabilisieren.**